Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 02.03.2018

SR/BeVoSr/568/2018/2

Gremium	Datum	Behandlung
Hauptausschuss	12.03.2018	Ö
Stadtvertretung	26.03.2018	Ö

Verfasser: Herr Axel Koop

FB/Aktenzeichen: 2 / 20 11 02/2018

I. Nachtragshaushaltsplan 2018

Zielsetzung:

Beratung und Beschlussfassung über die I. Nachtragshaushaltssatzung mit I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018

Beschlussvorschlag:

Der **Hauptausschuss** empfiehlt,

und die **Stadtvertretung** beschließt,

a) die Änderungen der Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt in einem Nachtragshaushalt **gem. Entwurf A** oder **B** festzusetzen,

b) die daraus resultierende Nachtragshaushaltssatzung und

c) das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2017 bis 2021.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Koop, Axel am 01.03.2018

Voß, Bürgermeister am 02.03.2018

Sachverhalt:**Erläuterungen Entwurf A) Entwurf der Verwaltung**

Gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 3 Gemeindeordnung (GO) hat die Gemeinde unverzüglich eine Nachtragssatzung zu erlassen, wenn Ausgaben für bisher nicht veranschlagte Baumaßnahmen oder Investitionsförderungsmaßnahmen geleistet werden sollen.

Nachdem der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am Montag, 19.02.2018 für den **Ausbau der Domstraße** gestimmt hat, sind für die bisher nicht veranschlagte Baumaßnahme zunächst Planungsmittel in Höhe von 100.000 € bereitzustellen. Nach der ersten groben Kostenschätzung belaufen sich die Gesamtkosten auf 1.390.400 €. Nach Abzug der Kostenanteile von Dritten (VS-Netz, RZ-WB sowie Grundstückseigentümer) verbleibt ein von der Stadt zu tragender Eigenanteil in Höhe von 496.800 €:

HH-Jahr	Ansatz	Bezeichnung
2018	100.000 €	Planungskosten
2019	1.290.400 €	Brutto-Baukosten
2019	496.800 €	Ausbaubeiträge nach KAG
2019	102.000 €	VS-Netz (Oberfläche 510m ² x 200 €)
2019	294.800 €	Anteil RZ-WB, darin: 56.000 € (Oberfläche 280m ² x 200 €) 150.000 € (Hausanschlüsse) 64.800 € (Regenwasserkanal) 24.000 € (Schmutzwasser)
2018/2019	496.800 €	verbleibender Eigenanteil Stadt

Neben der vorgenannten Investitionsmaßnahme hat der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss auch über den barrierearmen **Ausbau der Bushaldebuchten der B 208/Bahnhofsallee**, in Höhe der Einmündung Lübecker Straße, beraten. Für diese Maßnahme sind lt. Angabe des zuständigen Fachbereiches folgende Beträge im Haushaltsplan zu veranschlagen:

HH-Jahr	Ansatz	Bezeichnung
2018	153.000 €	Brutto-Baukosten
2018	83.000 €	Einnahme Bund
2018	21.400 €	Einnahme Land (GVFG-Mittel)
2018	48.600 €	verbleibender Eigenanteil Stadt

Ebenfalls im beigefügten Entwurfshaushalt berücksichtigt, sind die Mehrausgaben der vom Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschlossenen Auftragsvergabe zur **Notstromversorgung der Feuerwache** (HHSt. 130.012.9400). Die Auftragssumme liegt bei 66.347,97 €; zuzüglich der voraussichtlich anfallenden Honorarkosten für die Planungsleistungen des Büros IPP Ingenieurbüro Plegge Plantener in Höhe von 14.007,06 € belaufen sich die Mehrausgaben auf rd. 25.400,00 €.

Die Finanzierung der vorgenannten Investitionsmaßnahmen über Kredite scheidet aus, da die Vorgabe der Kommunalaufsichtsbehörde zur Vermeidung einer Netto-

Neuverschuldung einzuhalten bleibt. Ein Überschreiten der Kreditobergrenze (Höhe der ordentlichen Tilgungsbeträge) wäre folglich nicht genehmigungsfähig.

Die Mehrausgaben des Haushaltsjahres 2018 können gänzlich über eine verminderte Ausgleichszuführung zum Verwaltungshaushalt aufgefangen werden, so dass die geplante Kreditaufnahme in 2018 weiterhin bei 1.011.700 € liegt.

Unter Berücksichtigung der ursprünglich in der Investitionsplanung 2019 und 2020 gekürzten Haushaltsmittel für das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“, wird es trotz Rücklagenentnahme nicht möglich sein, die Mehrbedarfe in Gänze abzudecken. Im Finanzplanungsjahr 2019 verbleibt eine Finanzierungslücke von 234.300 €, im Finanzplanungsjahr 2020 von 363.400 €.

Damit soll verdeutlicht werden, dass allein die Veranschlagung der bei Aufstellung des Ursprungshaushaltes 2018 gekürzten Städtebauförderungs Mittel zu einem nicht finanzierbaren Mehrbedarf führt. Dieser wäre angesichts der Vielzahl an weiteren in den Haushaltsberatungen gekürzten, gestrichenen und verschobenen Investitionsmaßnahmen weitaus größer.

Trotz des Jahresrechnungsergebnisses 2017 mit einer erhöhten Zuführung zur Allgemeinen Rücklage wird weiterhin die Setzung von Prioritäten unabdingbar sein. Dabei müssen die bereits von der Stadtvertretung beschlossenen Maßnahmen Vorrang haben.

Der beigefügte Nachtragsentwurf zum **Verwaltungshaushalt** enthält nur wesentliche und hier bekannte Veränderungen im Einnahme- und Ausgabebereich. Die mittelbewirtschaftenden Dienststellen wurden aufgrund der Kurzfristigkeit des Aufstellungsverfahrens nicht zur Abgabe von Mittelbedarfsanmeldungen aufgefordert.

Die jeweiligen Änderungen sind im beigefügten Entwurf farblich gekennzeichnet.

Neben der Veranschlagung von Ausgaben für die Erstellung von vorgeschriebenen Gefährdungsanalysen der Trinkwassernetze in den Kindertageseinrichtungen (HH-Stellen 4640.5000, 4641.5000 und 4642.5000) und den daraus resultierenden Sanierungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 18.500 €, sind weitere Ausgaben in Höhe von 6.500 € für den Umbau der ehemaligen Flüchtlingswohnung in der Riemannstraße für Zwecke der Offenen Ganztagschule (HH-Stelle 4602.5000) berücksichtigt.

Ebenso veranschlagt sind diverse Einnahmeverbesserungen im Bereich der Steuereinnahmen (HH-Stellen 900.000, 900.0030 und 900.0210) in Höhe von insgesamt +115.900 € sowie die finanziellen Auswirkungen der vorläufigen KFA-Festsetzung (HH-Stellen 900.0410, 900.0611, 900.0910, 900.8320) in Höhe von insgesamt +102.500 €.

Aufgrund des verbesserten Jahresrechnungsergebnisses 2017 kann zudem die Zins- und Tilgungslast vermindert werden (HH-Stelle 910.8080 und 910.8600).

Die HH-Stelle 790.6300 (Kosten für Tourismusförderung) umfasst sowohl die Deckung der bereits vom Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing am 20.02.2018 empfohlenen Umwandlung einer Teilzeitstelle in eine Vollzeitstelle zur

Stärkung des Tourismus- und Stadtmarketingbereichs in Höhe von 27.000 €, als auch die vorbehaltlich der am 06.03.2018 stattfindenden Sondersitzung des vorgenannten Ausschusses mögliche Beschlussfassung zur Einrichtung einer Vollzeitstelle für die Sparte Bauhof zur Sicherstellung der Badeaufsicht in Höhe von 13.000 €.

Insgesamt kann die zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes veranschlagte Zuführung vom Vermögenshaushalt (aus Mitteln der Allgemeinen Rücklage) von bisher 619.800 € um 198.600 € auf nunmehr 421.200 € reduziert werden.

Erläuterungen Entwurf B) Empfehlung des Finanzausschusses

Der Finanzausschuss hat sich in seiner Sitzung am 27.02.2018 mit dem vorgelegten Entwurfshaushalt (Entwurf A) beschäftigt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde hierbei auch eine nähere Betrachtung des Verwaltungshaushaltes vorgenommen, da der Verwaltungshaushalt als „defizitär“ zu bezeichnen sei und nur durch eine Zuführung vom Vermögenshaushalt ausgeglichen werden könne, wofür wiederum eine Rücklagenentnahme erforderlich sei. Es wurde vorgeschlagen, diese Ausgleichsmittel größtenteils zur Deckung des Investitionsbedarfs im Vermögenshaushalt einzusetzen.

Während der Beratungen machte die Verwaltung deutlich, dass dem Grunde nach kein Handlungsbedarf für die Anpassung sämtlicher Mittelbedarfe besteht, da die Stadtvertretung in ihrer letzten Sitzung am 11.12.2017 den diesjährigen Haushaltsplan verabschiedete. Ergänzend wurde verdeutlicht, dass die Kürzung von Mittelbedarfen sachlich begründet und nicht willkürlich erfolgen dürfe. So ist es nicht die Aufgabe des Finanzausschusses, die fachliche Notwendigkeit der Mittelansätze in Frage zu stellen; vielmehr muss eine Beteiligung des jeweiligen Fachausschusses gewährleistet bleiben.

Der Finanzausschuss fasste im Laufe der Haushaltsberatungen die nachfolgenden Einzelbeschlüsse. Anmerkungen der Verwaltung sind kursiv gedruckt.

HHSt. 130.4140 Vergütung Arbeitnehmer/innen, Feuerwehr
bisheriger Ansatz: 73.200 €, Vorschlag neuer Ansatz: 58.500 € (-14.700 €)

- 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen -

Anmerkung der Verwaltung: Der Haushaltsansatz beinhaltet neben den Personalkosten für den hauptamtlichen Gerätewart auch die Personalkosten für den feuerwehrtechnischen Mitarbeiter, dessen Einstellung voraussichtlich zum 01.06.2018 erfolgen wird. Grundsätzlich wäre eine Senkung des Haushaltsansatzes daher möglich. Dennoch sei darauf hingewiesen, dass aufgrund der seit Februar andauernden Verhandlungen zwischen den Tarifvertragsparteien mit einer Tarifsteigerung zu rechnen ist und daher sämtliche im Sammelnachweis 1 befindliche Haushaltsstellen an die Ergebnisse dieser Verhandlungen angepasst werden müssen. Die Verhandlungsergebnisse bleiben daher zunächst abzuwarten; eine Anpassung der entsprechenden Haushaltsansätze ist im Rahmen eines späteren Nachtragshaushaltes beabsichtigt.

HHSt. 130.5002 Gebäudeunterhaltung Feuerwache
bisheriger Ansatz: 85.800 €; Vorschlag neuer Ansatz: 60.000 € (-25.800 €)

- 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen -

Anmerkung der Verwaltung: Hierbei handelt es sich um die regulären Unterhaltungsmittel für die Feuerwache sowie um Kosten für die Installation der Abgas-Absauganlagen in den Fahrzeughallen II und III, welche zwingend zur Vermeidung gesundheitsgefährdender Schadstoffkonzentrationen erforderlich ist. Die Kosten belaufen sich auf rd. 35.000 €; eine Kürzung des Haushaltsansatzes ist daher nicht möglich.

HHSt. 130.5203 Unterh. und Ergänz. der Geräte/Ausrüstung, Feuerwehr
bisheriger Ansatz: 30.000 €; Vorschlag neuer Ansatz: 20.000 € (-10.000 €)

- 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen -

Anmerkung der Verwaltung: Nicht zuletzt aufgrund der stark gestiegenen Einsatzzahlen der Feuerwehr bedarf es für die Ausrüstung und Geräte der Feuerwehr regelmäßiger Prüfungen nach den Vorgaben der Unfallverhütungsvorschriften (UVV) für Feuerwehren. Hierbei handelt es sich im Regelfall um wiederkehrende Sicht-, Funktions- und Belastungsprüfungen, bei denen der Zustand von Bauteilen hinsichtlich Beschädigungen, Verschleiß, Korrosion oder sonstigen Veränderungen beurteilt sowie die Vollständigkeit und Wirksamkeit der Sicherheitseinrichtungen festgestellt wird. Strengere Anforderungen sowie der gestiegene Umfang und kürzere Prüfzyklen machen eine Senkung des Haushaltsansatzes nicht möglich.

HHSt. 290.6393 Schülerbeförderung (Steinfeld-Schule Mölln)
bisheriger Ansatz: 31.200 €; Vorschlag neuer Ansatz: 0 € (-31.200 €)

- 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen -

Anmerkung der Verwaltung: Nachdem gerichtlich entschieden wurde, dass die Erhebung von Schulkostenbeiträgen für Förderzentren G unzulässig ist, bleibt dem Kreis als Schulträger nach § 114 Abs. 3 Schulgesetz das Recht, sich die Schülerbeförderungskosten rückwirkend ab dem Jahr 2014 durch die Gemeinden erstatten zu lassen. Eine Anforderung gab es bislang nicht.

HHSt. 630.5115 Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze, Buswartehäuser usw.
bisheriger Ansatz: 535.000 €; Vorschlag neuer Ansatz: 400.000 € (-135.000 €)

- 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen -

Anmerkung der Verwaltung: Hier gilt weiterhin die Mittelbedarfsanmeldung zum Ursprungshaushalt 2018. Der Bedarf umfasst u. a. Ausgaben für Material, Splittmaßnahmen und Oberflächenbehandlungen in Höhe von rd. 210 T€, die Deckenerneuerung der Rathausstr. sowie Kl. Kreuzstraße in Höhe von rd. 140 T€ sowie die Radwegsanierung in der Möllner Straße mit rd. 224 T€.

HHSt. 790.6300 Kosten für Tourismusförderung
bisheriger Ansatz: 345.000 €; Vorschlag neuer Ansatz: 305.000 € (-40.000 €)

Der im Entwurfshaushalt dargestellten Mehrbedarf von 40.000 € umfasst die Deckung der bereits vom Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing am 20.02.2018 empfohlenen Umwandlung einer Teilzeitstelle in eine Vollzeitstelle zur Stärkung des Tourismus- und Stadtmarketings in Höhe von 27.000 €, als auch die vorbehaltlich der am 06.03.2018 stattfindenden Sondersitzung des vorgenannten Ausschusses mögliche Beschlussfassung zur Einrichtung einer Vollzeitstelle für die Sparte Bauhof zur Sicherstellung der Badeaufsicht in Höhe von 13.000 €. Der Finanzausschuss hat über die beiden Positionen getrennt voneinander abgestimmt und die beide Mehrbedarfe abgelehnt.

+ 27.000 € - 3 Ja-Stimmen, 4-Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen -

+ 13.000 € - 0 Ja-Stimmen, 3- Nein-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen -

Durch die vorgenannten Änderungen wurde die Ausgleichszuführung vom Vermögenshaushalt um 256.700 € (nicht nachhaltig) reduziert.

Zum Vermögenshaushalt bzw. dem vorgelegten Investitionsprogramm wurden folgende Einzelbeschlüsse gefasst:

HHSt. 130.012.9400 Notstromversorgung Feuerwache
bisheriger Ansatz: 25.400 €; Vorschlag neuer Ansatz: 0 € (-25.400 €)
- 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen -

HHSt. 610.003.3600/3610 und 9402 Städtebauförderung
Gemäß Beschluss des Finanzausschusses wurden die seitens der Verwaltung in den Jahren 2019 und 2020 dargestellten Städtebauförderungsmittel (Bund, Land sowie Eigenanteil) wieder auf die Höhe der ursprünglichen Veranschlagungen im Haushalt 2018 gesenkt.

- 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen -

Allgemeine Erläuterungen

Aufgrund der unterschiedlichen Beschlussfassungen der Fachausschüsse (Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing sowie des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses) und des Finanzausschusses wird es nach § 45b GO Aufgabe des Hauptausschusses sein, die Ausschussarbeit zu koordinieren und der Stadtvertretung eine Beschlussempfehlung vorzubereiten.

Dabei können die vorbereiteten Beschlussvorschläge (Entwurf A und B) durch eigene Vorschläge des Hauptausschusses ergänzt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

siehe Text

Anlagen:

Entwurfshaushalt der Verwaltung (Entwurf A) sowie
Entwurfshaushalt nach Beratung im FA (Entwurf B) mit jeweils:

I. Nachtragshaushaltssatzung 2018

Verwaltungshaushalt 2018

Vermögenshaushalt 2018 mit Fortschreibung der Investitionsplanung bis 2021

Finanzplanung 2017 bis 2021(nur VerwHH.)